

Steuerliche Umverteilung in Österreich

Umverteilung war und ist in Österreich kein zentrales Thema der Wirtschaftspolitik. Die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete Sozialpartnerschaft setzte auf Wachstum und Vollbeschäftigung. Solange das Brutto-sozialprodukt wächst und jeder einen Job findet, so hoffte man, würde es jedem besser gehen. Dem einen vielleicht ein bisschen mehr als dem anderen, aber alle würden Einkommenszuwächse erfahren. Wachstum statt Verteilungskampf war die Devise. So fiel es nicht weiter auf und war kein Thema, dass Österreich innerhalb der Gruppe der kontinentalen Wohlfahrtsstaaten verteilungsmäßig an letzter Stelle rangierte. Kontinentale Wohlfahrtsstaaten sind Staaten, die ein gut ausgebautes Sozialsystem haben, das mit Sozialabgaben der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert ist. Dazu gehören neben Österreich, Deutschland, Belgien, die Niederlande, Frankreich und Italien. Die Einkommensunterschiede zwischen den höchsten und niedersten EinkommensbezieherInnen sind in Österreich unter all diesen Ländern am größten. Selten wurde dieser Umstand thematisiert (s. Guger, Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1996).

Die ohnehin schlechte Verteilungssituation hat sich in den letzten zehn Jahren nicht verbessert. Nicht nur sind AllereinerzieherInnen oder SozialhilfeempfängerInnen von Armut betroffen. Mittlerweile klagen auch Lehrlinge, Jungärzte, Beamte, arbeitslose Akademiker oder Kleinunternehmer über Einkommenseinbußen. Es scheint nicht

nur den unteren Einkommensschichten schlechter zu gehen, sondern auch den mittleren und oberen.

Geringe Verteilungswirkung durch Steuern

So zeigen auch Studien, dass in Österreich keine nennenswerte Umverteilung erfolgte, zumindest nicht über die Steuerseite. Während in den Lehrbüchern der Finanzwissenschaft Steuern als das wichtigste Umverteilungsinstrument genannt werden, wurden Steuerreformen in Österreich, zumindest seit den 1980er Jahren, aus Budgetgründen oder aus Wachstumsgründen vorgenommen. In den letzten Jahren wurde vor allem „Standortsicherung“ als Hauptziel genannt.

Dementsprechend gibt es auf der Steuer- und Abgabenseite in Österreich wenig Umverteilung. Die oberen Einkommen zahlen zwar 70 Prozent der Lohnsteuern, aber dies wird zum Gutteil dadurch wettgemacht, dass die unteren und mittleren Einkommen bei der Umsatzsteuer, bei Verbrauchsteuern, Gebühren und Sozialversicherungsbeiträgen kräftig zur Kassa gegeben werden. (s. Walterskirchen/Marterbauer: Verteilungseffekte des Regierungsprogramms, Wirtschaft und Gesellschaft, 2/2000).

Neoliberaler Trend Gebührenerhöhung

Dem neoliberalen, internationalen Trend folgend wurden in Österreich in den letzten Jahren die Gebühren drastisch erhöht. Dies trifft vor allem die unteren EinkommensbezieherInnen,

Autorin:

Dr. Brigitte Unger ist Wirtschaftswissenschaftlerin an der Universität Utrecht und war zuvor an der Wirtschaftsuniversität Wien tätig.

Literaturhinweis:

„Steuern sind zum Steuern da! Der moderne Staat und das Steuerwesen“ - Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt im Unterricht 4/03
www.kritische-geographie.at

für die ein fester Betrag einen wesentlich höheren Prozentanteil ihres Einkommens ausmacht als für obere Einkommensbezieher. Gebühren belasten die Ärmsten am stärksten. Die Erhöhung der Rezeptgebühr, der ORF-Gebühr, der Kosten für die Müllabfuhr fallen hierunter. Doch auch Strom und Gas, Benzin, Diesel, Heizöl und Kohle sind teurer geworden, und belasten die untersten Einkommen mehr als die oberen. Die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Angestellte und Pensionisten, die Senkung der Bau-sparprämie von 4 auf 3,5 Prozent, die Schenkungssteuerpflicht für Sparbücher belasten die unteren und mittleren Einkommensgruppen mehr als die oberen. Bei der Lohn- und Einkommenssteuer gibt es ab 2005 drei statt vier Tarifstufen (Standard, 10.1.04). Statt 21, 31, 41 oder 50% gibt es in Hinkunft 23, 33,5 und 50 Prozent. Auch hier wird der unterste Steuersatz für Jahreseinkommen bis 25000 Euro angehoben. Das Steuersystem wird einfacher. Aber ein einfaches Steuersystem ist kein gerechtes. Margaret Thatcher's Einführung der flat rate, eines fixen Steuerbetrages für jedes Gemeindemitglied, war das Extrem einer einfachen, aber ungerechten Steuer, und hat ihr die politische Karriere gekostet. Je weniger Tarifstufen ein Steuersystem hat, desto weniger

kann es auch zwischen arm und reich differenzieren.

Wo ist Reichtum geblieben?

Die Steuerreform 2004 belastet die ärmsten und bringt auch den mittleren und oberen Einkommensbezieher nicht viel. Nur die wirklich Vermögenden haben von den letzten Reformen profitiert.

Kann es sein, dass es allen schlechter geht und deshalb keine große Umverteilung festzustellen ist? Aber wo ist das Einkommen dann geblieben? Das Bruttosozialprodukt ist höher als es jemals war, im Durchschnitt sind wir reicher, als wir jemals waren und doch können wir uns nichts mehr leisten: die Arbeitslosen nicht mehr, die Pensionisten nicht mehr. Wie Kurt Rothschild es treffend ausdrückte, „Wir sind reicher als wir je waren und können uns plötzlich den Wohlfahrtsstaat nicht mehr leisten“.

Aber wo ist der Reichtum dann geblieben? Wenn die oberen Einkommensbezieher nicht deutlich mehr verdienen und die unteren auch nicht, wenn also die traditionellen Einkommensverteilungsmaße sich nicht wesentlich verschlechtert haben, wo ist das Wachstum hinge-

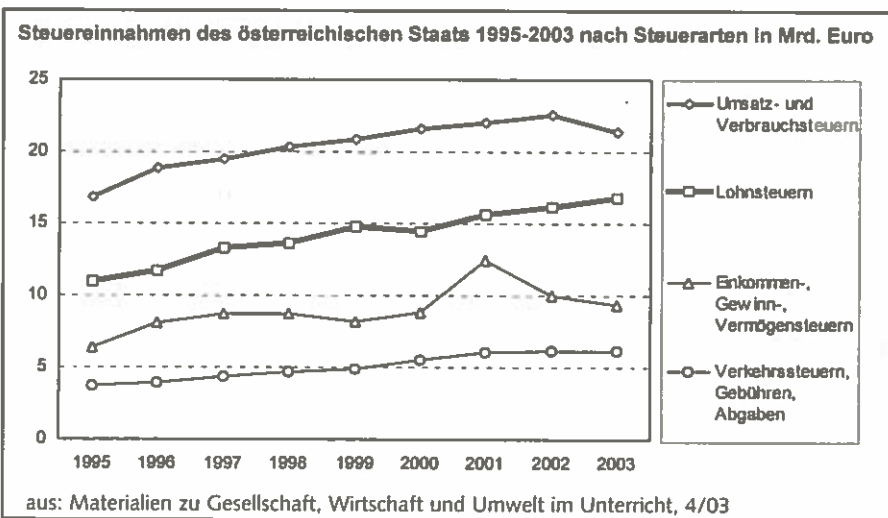
flossen? In wessen Taschen befindet es sich?

Im Wesentlichen lassen sich zwei Gruppen orten, die reicher wurden, ohne dass sich dies in Maßen, die die persönliche Einkommensverteilung messen, widerspiegelt. Es sind dies einerseits die Vermögenden. Da es keine Vermögensstatistik in Österreich gibt und die Einkommen aus Besitz und Vermögen sehr schwierig zu erfassen sind, ist nicht festzustellen um wieviel die Vermögenden reicher geworden sind. Geholfen hat ihnen sicher die Senkung bzw. Abschaffung der Vermögenssteuern. Bezüglich der Besteuerung von Vermögen ist Österreich ruhmloses Schlusslicht innerhalb der EU.

Kapitalgesellschaften und Finanzkapital

Die zweite Gruppe sind die beiden großen Gewinner der Globalisierung: Kapitalgesellschaften und Finanzkapital. Im Versuch, internationales Kapital anzuziehen, oder zumindest nicht abzuschrecken, haben viele Länder die Unternehmensbesteuerung drastisch gesenkt und Steuererleichterungen gewährt (s. Sinn 2003, The New Systems Competition).

Österreich gilt innerhalb der EU als ein Land, das ziemlich massiven Steuerwettbewerb nach unten betreibt. So sind auch der große Sieger der Steuerreform wieder die Kapitalgesellschaften. Sie können sich über eine Senkung der Körperschaftssteuer von 34 auf 25% freuen, ca. die Hälfte des gesamten Finanzvolumens der Reform. Österreich hat auch die geringsten effektiven Steuersätze auf Unternehmen innerhalb der EU (Sinn 2003, The New Systems Competition). Auch das Finanzkapital bezahlt mit 25% Zinsertragsteuer deutlich weniger als ein Arbeitnehmer mit demselben Einkommen.



Steuermoral der Unternehmen

Das Verhalten von Unternehmen, die Steuermoral hat sich ebenfalls verändert. Unter dem Druck der Drohung von Abwanderung von Betrieben, sind auch die Fahndungsmöglichkeiten der Steuerhinterzieher durch die Finanzbehörden eingeschränkt. Wenn ein emsiger Finanzamtsbeamter einem Unternehmen nachweisen kann, dass die Preise für seine Produkte im Internet nicht mit den verrechneten Preisen in der Bilanz übereinstimmen und Millionen Steuern damit hinterzogen wurden, kommt es nicht mehr zur Anklage des Unternehmens. Nein, der kleine Finanzbeamte wird aufgefordert, sich mit dem Unternehmen gütlich zu einigen. Nach dem Motto: „Vielleicht bei der Hälfte der Steuerschuld, oder wie hätten wir's denn gerne?“ Wie kommt es außerdem, dass ganze Branchen, etwa der Bankensektor, keine oder fast keine Steuern mehr bezahlen?

Wenn man die steuerlichen Veränderungen im Zeitraum von 2000 bis 2005 betrachtet, so haben diese in der Summe nur den Unternehmern und hier vor

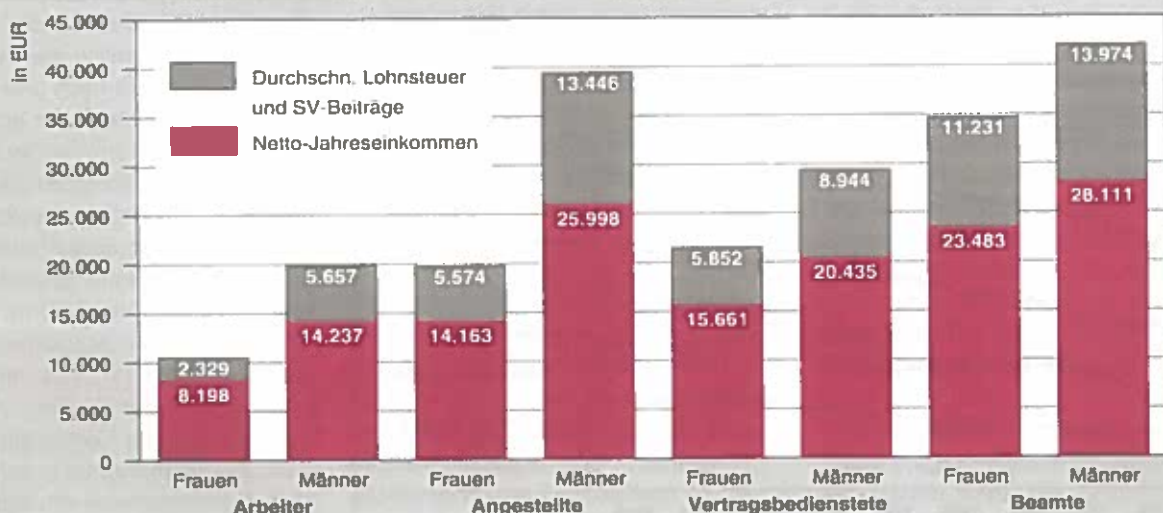
allem den Großbetrieben etwas gebracht. Diese nämlich werden dadurch mit insgesamt 1.030 Mio. entlastet, während die ArbeitnehmerInnen im selben Zeitraum mit zusätzlich 600 Mio. belastet wurden. (Volkswirtschaftliches Referat des ÖGB, 01.2004)

Verantwortung des Kapitals

Steuererleichterungen, Steuerhinterziehung, niedrige Inflationsraten und hohen Realzinsen haben sowohl den Kapitalgesellschaften als auch dem Finanzkapital so genützt, dass Umverteilungsgewinner, wie etwa der sehr erfolgreiche ungarische Börsenspekulant Soros aufgerufen haben, das Kapital müsse seine moralische Verantwortung übernehmen, sich wieder kümmern um Armut, Wohlfahrt und Gerechtigkeit.

Der Wohlfahrtsstaat ist nicht in einer finanziellen Krise, weil mehr Pensionisten und mehr Arbeitslose sind, sondern weil diese zwei reichsten und mächtigsten Einkommensgruppen fast keine Steuern mehr bezahlen.

Durchschnittliches Netto-Jahreseinkommen und Belastung mit Lohnsteuer und SV-Beiträgen 2002*)



Q: Lohnsteuerstatistik 2002 - Sozialstatistische Auswertungen. - *) Vor Arbeitnehmerveranlagung.

aus: Statistische Nachrichten, Mai 2004